

es warnende kirchliche Stimmen angesichts von Plänen der Regierung, den einschlägigen Verfassungsartikel durch eine Volksabstimmung überprüfen zu lassen. So warnte Bischof *Brendan Comiskey* von Ferns in einer Predigt am Fest der Heiligen Familie davor, durch die Ermöglichung der Ehescheidung die Familie in Irland zu untergraben.

Die katholische Kirche in Irland ist allerdings nicht mehr der „Monolith“ früherer Zeiten: So *Ray Brady* in einem Beitrag, der ebenfalls in der Januarnummer von „The Furrow“ abgedruckt ist („Working with Difference – the struggle within Catholicism“). Brady, Gemeindepfarrer in der Grafschaft Cavan, unterscheidet *sieben Strömungen im irischen Gegenwartskatholizismus*, ohne sie genauer zu quantifizieren: Die „Enthusiasten“, die tief in der traditionellen Frömmigkeit verwurzelt sind; die „religiöse Rechte“, gekennzeichnet durch das Engagement für Erhaltung bzw. Wiederherstellung der katholi-

schen Werte in der Gesellschaft; die „Institutionalisten“, denen es vor allem um das kirchliche System geht; die große Gruppe der „Mittleren“, die regelmäßig zum Sonntagsgottesdienst kommen und generell zu Lehre und Praxis der Kirche stehen; die „Freiheitsorientierten“, die nach neuen Formen des Kircheseins suchen; die Indifferenten und schließlich die (verärgerten oder apathischen) Entfremdeten.

An der Spitze der katholischen Kirche in Irland sind die Weichen für die nächste Zeit jetzt gestellt. Johannes Paul II. ernannte Mitte Dezember des vergangenen Jahres *Sean Brady* (55) zum Koadjutor des Erzbischofs von Armagh, der den Ehrentitel eines irischen Primas führt. Kardinal Daly, seit 1990 Erzbischof von Armagh, ist schon 77 Jahre alt und hat damit das Rücktrittsalter für Bischöfe schon zwei Jahre überschritten. Mit seinem baldigen Rücktritt wird gerechnet. Sein designierter Nachfolger Brady war unter

anderem sieben Jahre lang Rektor des Irischen Kollegs in Rom und zeitweise in England und in den USA tätig.

In die Amtszeit des nächsten katholischen Primas von Irland dürften die entscheidenden Schritte für eine Lösung der *Nordirlandfrage* fallen. Auch in diesem Zusammenhang geht es um die Frage nach dem Selbstverständnis der katholischen Kirche Irlands im Blick auf Staat und Gesellschaft. In einem Kommentar der anglikanischen Wochenzeitung „Church Times“ (25. 11. 94) hieß es unter der Überschrift „Das allmähliche Nachlassen des katholischen Einflusses in Irland“: „Man kann einen katholischen Staat haben, oder man kann einen Staat haben, dem sich 900 000 nordirische Protestanten anschließen könnten; aber man kann nicht beides gleichzeitig haben.“ Sollte es zu einer Synode der katholischen Kirche Irlands kommen, die derzeit im Gespräch ist, wird es ihr an Diskussthemata also nicht fehlen. U. R

Von Erosionen ist nichts zu merken

Nachbetrachtungen zum großen Wahljahr 1994

Aus der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 sind zwei fast gleichstarke politische Lager hervorgegangen, die beide mit Schwächen zu kämpfen haben. Weder Regierungskoalition noch Opposition stehen strahlend da. Vieles spricht dafür, daß es in absehbarer Zeit zu einer großen Koalition kommen könnte. Das deutsche Parteiensystem mit der Dominanz der beiden großen Volksparteien ist stabiler, als vielfach vorausgesagt wurde; aber Union wie SPD müssen wieder neu integrieren lernen, um zukunftsfähig zu sein.

Ein großes Wahljahr ist vorbei. Die Landtagswahlen 1995 (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Berlin) werden aller Voraussicht nach größere Einschnitte in die politische Landschaft nicht bringen. Was hat sich also geändert? Gibt das Wahlergebnis vom 16. Oktober (vgl. HK, November 1994, 544), geben die Resultate der insgesamt 19 Wahlgänge des Jahres 1994 überhaupt Aufschluß über den politischen Zustand Deutschlands? Wohl kam manches anders als lange mehrheitlich erwartet, aber der große Umbruch hat nicht stattgefunden. Ein wenig hin und her gerissen waren die Wahlbürger schon. Nach Umfragen hielt noch bis kurz vor der Wahl eine knappe Mehrheit einen Wechsel in Bonn für richtig. In den Sympathiewerten überflügelte die SPD noch in der Wo-

che vor der Wahl die CDU. Und bei der Kanzlerpräferenz lag vor der Entscheidung (nach Forschungsgruppe Wahlen) *Helmut Kohl* nur rund fünf Prozent vor seinem Herausforderer *Rudolf Scharping*.

Dennoch haben die vielen Wahlkämpfe die Leute nirgendwo groß aufgerüttelt. Die Auseinandersetzung um die Nachfolge im Amt des Bundespräsidenten, die gerade noch in das Jahr 1994 hereinreichte, war mit der Kandidatur *Roman Herzogs* gegen *Johannes Rau* faktisch beendet. Was dann noch kam und den Wahlgang selbst begleitete, waren Nachhutgefechte. Die Landtags- und Kommunalwahlen bewegten sich im Stil der Auseinandersetzung und als Ergebnis im Rahmen des Üblichen mit großen Ausschlägen aller-

dings in Brandenburg und in Sachsen. Der *Bundestagswahlkampf* war einer der langweiligsten seit Bestehen der Bundesrepublik, jedenfalls einer der ideenärmsten, ein postkommunistischer Auslaufwahlkampf. Das alte antikommunistische Feindbild leistete in Grenzen noch einmal seinen Dienst, verfiel nochmals bei einem beträchtlichen Teil der Wähler im Westen, jedenfalls war es für die Union hilfreich, zur Motivation der eigenen Leute. Man fragt sich aber, mit was der Wahlkampf bestritten worden wäre, gäbe es die PDS nicht.

Spannend war, durch das Fortschreiten der Hochrechnungen nicht beeinträchtigt, allein der *Wahlabend*; überraschend aber nur das Ergebnis der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen vom 12. Juni (vgl. HK, Juli 1994, 328), die deutlich signalisierten, daß die Antikoalitionsstimmung zugunsten der CDU kippte und die die Unionsparteien entschieden, und wie sich in den Umfragen bald zeigen sollte, im Blick auf den 16. Oktober endgültig nach vorne brachten.

Dagegen war der Ausgang der Bundestagswahl in keiner Weise mehr Anlaß zur Verwunderung. Die Siegeserwartungen für die Koalition überwogen ja deutlich (nach Allensbach 52 zu 12 Prozent); die Einschätzung zugunsten Kohls gegenüber seinem Herausforderer Scharping fiel noch deutlicher aus (im September 61 zu 12). Und den knappen Sieg der Koalition hatten die penetranter denn je publizierenden Demoskopie-Institute bis auf die Stellen hinter dem Komma ja exakt vorausgesagt.

Spannung in das Geschehen brachte nur noch die Frage nach dem Schicksal der FDP. Aber selbst diese Spannung wirkte einigermaßen künstlich bzw. wurde künstlich erzeugt, a) um den Wiedereinzug der Liberalen in den Deutschen Bundestag nach und neben sechs verkorksten Landtagswahlen dennoch möglich zu machen und b) um damit zugleich der Koalition eine Mehrheit zu sichern. Das gelang nur extrem knapp, aber immerhin so, daß es nicht nur numerisch, sondern auch zur Wiederwahl des Bundeskanzlers reichte und damit – einstweilen – zum Regieren.

Die *Regierungsbildung* ging ungewohnt unaufgeregt vonstatten, was wiederum nicht erstaunlich ist: ein Koalitionswechsel gleich nach der Wahl wäre für jede Seite politisch riskant und psychologisch so gut wie unmöglich, für die FDP vermutlich tödlich gewesen. Da zur Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition entschlossen, konnte man sich Streit angesichts der knappen Mehrheiten nicht leisten. Also raufte man sich zusammen und ließ das meiste offen.

Und sonst? Noch im Januar schrieb *Warnfried Dettling*, ein alter Fahrensmann *Heiner Geißlers*, in seinem Buch „Das Erbe Kohls“: 1994 werde zur Zäsur „für die deutsche Parteiengeschichte, vielleicht der Anfang vom Ende des deutschen Parteiensystems, wie es im 19. Jahrhundert entstanden und nach 1945 neu begründet worden ist, wie es die Zeitgenossen seit nunmehr fast 50 Jahren kennen und wie es die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in und für Deutschland und Europa erfolgreich gestaltet hat“. Die Volksparteien würden vermutlich ihren Abschied nehmen müssen, und es bleibe

offen, ob sich insbesondere die CDU „von den Schlägen des Jahres 1994 je wieder erholen wird“.

Aber die Wähler entschieden anders und desavouierten das apokalyptische Prophetenpathos auf der ganzen Linie. Die CDU hat sich gegen ihre eigene konstitutionelle Verzögertheit in ganz Deutschland als erste Kraft behauptet, dank einem Wirtschaftsaufschwung, der seit Frühjahr nicht mehr zu leugnen war, an den die Bundesbürger trotz ihres zur Schau getragenen Pessimismus glaubten und der etwas zeitverschoben, ab Juni – mit der Europawahl als Erkennungszeichen –, die Stimmung insgesamt deutlich verbesserte, und dank einem an Optimismusausstrahlung nicht zu übertreffenden Kanzler, der als zur Zeit erfahrenster Wahlkämpfer die Gunst des Aufschwungs optimal zu nutzen verstand.

41,5 Prozent sind für die die Bundesrepublik seit deren Gründung prägende Union kein blendendes Ergebnis. Aber man darf das vereinte Deutschland nicht mit der alten Bundesrepublik vergleichen. Der Impetus der Vereinigung war längst verflogen, und zwölf Jahre wechselnden Regierungsglücks nutzen schließlich ab. Zwar verdankt die Union ihre Mehrheit (mit 42,2 Prozent) vornehmlich den westlichen Ländern. Mit 38,5 Prozent schnitt sie im Osten erkennbar schlechter ab, aber der Osten ist schon wegen der Rolle der PDS mit dem Westen nicht vergleichbar und erst recht nicht wegen der noch wenig gefestigten Parteibindungen in den neuen Bundesländern.

Um so beachtlicher ist, daß sich die Union in beiden Landesteilen als Partei der relativen Mehrheit deutlich behauptet hat (Vorsprung vor der SPD: im Westen 4,6, im Osten 6,6 Prozent). Dies ist kein Blankoscheck für eine gesamtdeutsche Unionszukunft, zumal sie gerade im Osten auch diesmal vornehmlich als Wirtschaftspartei gewann, wozu der für die CDU ungewöhnliche Vorsprung bei der Arbeiterschaft in den Ostländern (nach infas CDU 39,1, SPD 36,1, PDS 13,4 Prozent) kein Widerspruch ist. Aber die insgesamt auch im Osten bestätigte Stärke der CDU zeigt, daß die in der Sondersituation von 1990 zustande gekommenen CDU-Mehrheiten keine Eintagsfliegen waren.

Der Union fehlte der Mut zum Kampf für eine eigenständige Mehrheit

Aber waren damit bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft? *Renate Köcher* vom Institut Allensbach wertet das Ergebnis der CDU/CSU und die knappe Behauptung der Koalition gemessen an der Ausgangslage „als Sensation“. Bezieht man das Ergebnis auf die Umfragen noch zu Jahresbeginn, dann war es sogar mehr als eine Sensation. Noch im ersten Quartal 1994 lagen die Oppositionsparteien (SPD, Grüne, PDS) um gut zehn Prozent (52,5 zu 42,4 Prozent) vor der Koalition. Und fast noch erstaunlicher: Der Umschwung vollzog sich ausschließlich zugunsten der Union; auf die FDP wurde man überhaupt erst wieder aufmerksam, als sie unter die Fünf-Prozent-Klausel zu geraten drohte. Die Ressortzustän-

digkeit für Außen- und Wirtschaftspolitik nützte den Liberalen offenbar wenig.

Gemessen an der Rasanz, mit der der Stimmungsumschwung – kontinuierlich ablesbar an den demoskopischen Daten – sich ausbreitete und festigte, und angesichts der die Öffentlichkeit beherrschenden Figur des Kanzlers sieht das Ergebnis, nicht nur das der Koalition, sondern auch das der Union, markant mager aus. Eine stärkere Position wäre für die Union erreichbar gewesen. Das Potential lag, durch Umfragen mehrfach bestätigt, mit 44 bis 45 Prozent jedenfalls wesentlich höher, im Fall der vollen Ausschöpfung durch die Union allerdings mit der Folge, daß die FDP aus dem Bundestag herausgefallen wäre. Aber der Union fehlte angesichts dieser Befürchtung offensichtlich von vornherein der Mut zu einer eigenständigen Mehrheit. Sie setzte allein auf Machterhalt und ging deshalb den Weg des scheinbar geringeren Risikos; ließ sich auf einen Koalitionswahlkampf ein. Damit konnte die Zweitstimmenkampagne der FDP mit ihrem kräftigen Niederschlag im koalitionsinternen Stimmensplitting zur Geltung kommen. Das reichte gerade noch zur Sicherung der Koalitionsmehrheit, ging aber auf Kosten der Union.

Der Kanzler machte zudem kurz vor Toresschluß den kapitalen Fehler, daß er mit Andeutungen über das mögliche Ende seiner Kanzlerschaft sich faktisch zum Übergangskanzler machte, doch was er nach dem am 16. Oktober geschaffenen Kräfteverhältnis gar nicht mehr wird sein können. (Die „Söhne“ werden sich jetzt schwertun; der Kanzlerwechsel wird, sofern sich die CDU als Mehrheitspartei über 1998 hinaus behaupten sollte, wohl erst den „Enkeln“ zugute kommen.)

Und die *Wahlkampfstrategie* der CDU hatte Webfehler im Timing und inhaltlich. Ein Themen- und erfolgsorientierter Wahlkampf in der Frühphase fand nicht oder nur sehr gedämpft statt. Die Konzentration auf die Gestalt des Kanzlers kam früh und erschöpfte sich vorzeitig. Die Dämonisierung der PDS nutzte der Union – in Grenzen – zwar im Westen und führte im Osten in Teilen der Wählerschaft zu einer klareren Scheidung zwischen gesamtdeutsch- und wirtschaftsorientiertem Unionslager und Übergangsskeptikern vor allem in den intellektuellen und kleinbürgerlichen Schichten, die über die Zahl der Anhänger des alten Systems und der innerlich gespaltenen DDR-Nostalgiker weit hinausreicht. Aber die Union hat damit die PDS auch aufgewertet. Ihre Akzeptanz wurde bis hinein in das Lager der Unionssympathisanten erleichtert. Die Wählerwanderungsbilanz zwischen Union und PDS läßt dies deutlich erkennen. (Nach infas wanderten rund 210000 CDU-Wähler von 1990/1994 zur PDS und nur rund 26000 von der PDS zur CDU.) Sie hat überdies damit bei SPD-Wählern Gegenreaktionen ausgelöst. In den Ostberliner Wahlkreisen, die die PDS gewann und die für deren Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag entscheidend waren, überwogen die Erststimmen – auf Kosten der SPD-Kandidaten – beträchtlich den Zweitstimmenanteil der PDS. Es gab also so etwas wie eine stille

SPD/PDS-Wählerkoalition zugunsten der PDS gegen die CDU. Die CDU ihrerseits hätte es in der Hand gehabt, durch Erststimmenwerbung zugunsten der SPD-Kandidaten in den fraglichen Wahlkreisen die PDS-Kandidaten von Bonn fernzuhalten. Bewirkt hat sie das Gegenteil. Unübersehbar hat die Union dazu beigetragen, daß die PDS noch mehr zur einzigen Ost-Partei wurde, als sie das in den Augen vieler Wähler in den neuen Bundesländern ohnehin war.

In mehreren Wahlkommentaren – so auch in einer ersten Stellungnahme von infas – hieß es: die politische Kultur zwischen Ost und West laufe auseinander. Das Verhältnis der Wähler zu den Parteien entwickle sich zu unterschiedlich und der Erfolg der PDS führe eben zu ganz anderen Konstellationen. Der festgestellte Gegensatz spielt sich aber trotz Ausnahmeperiode PDS weniger zwischen Ost und West als vielmehr *innerhalb der neuen Bundesländer* ab: zwischen den Wählern von „Westparteien“ und den Wählern und Sympathisanten der PDS. Diesen ostinternen Gegensatz hat die Union mit ihrem Anti-PDS-Wahlkampf verschärft. Sie hat damit allerdings zugleich den Konflikt in die gesamtdeutsche SPD hineingetragen. Das Experiment mit der rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt (nach Renate Köcher der „kardinale Strategiefehler der SPD“) ermöglichte der Union die Handhabe.

Mit dem vermeintlichen Sprengstoff PDS kann die Union zwar die Bundes-SPD weiter beunruhigen, im Osten aber führt solches Bemühen mittel- und langfristig fast zwangsweise zur weiteren Annäherung zwischen SPD und PDS, eine Annäherung, die gewiß erleichtert würde, käme es zu einer Trennung der PDS von den Stalinisten der „Kommunistischen Plattform“. Je stärker SPD und PDS sich einander annähern, um so aussichtsloser würde die CDU im Osten zur zweiten Kraft. Auf jeden Fall aber gilt das Urteil des amtierenden Bundespräsidenten, das er *Nina Grunenberg* von der „Zeit“ anvertraute: Wenn die PDS so viele Wähler habe, so seien ja vielleicht die klassischen Parteien mit daran schuld.

Zu bewältigen ist ein schwebendes Gleichgewicht von Schwächen

„Schuld“ sind die klassischen Parteien wie deren Wähler jedenfalls an dem, was als Ergebnisgrundlage für den politischen Entscheidungsprozeß der nächsten Jahre aus der Oktoberwahl herausgekommen ist: ein Quasi-Unentschieden zwischen zwei Lagern aus jeweils sehr ungleichen Bestandteilen.

Die SPD kam bundesweit nur ein paar Schritte voran. Ihr numerisches Ergebnis (36,4 Prozent) ist zwar eine deutliche Verbesserung gegenüber den 33,5 Prozent von 1990, und die SPD hat vor allem im Osten beträchtlich aufgeholt (+ 7,6 Prozent), trotzdem bleibt es eines der schlechteren SPD-Ergebnisse in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Für die CDU korrigiert das passable Bundesergebnis nicht die le-

bensbedrohlich gewordenen Schwächen in den Ländern und Kommunen. Und vorläufig besteht nur im Februar in Hessen eine reale Chance auf Stärkung.

Die Grünen wurden als Milieupartei der jüngeren Wählerschaft bestätigt, sind aber wohl verbal und politisch wegen der Schwäche der FDP stärker als es ihr Stimmenanteil (7,8 Prozent) ausdrückt. Die FDP ist mit einem Verlust von 4,1 Prozent ganz auf sich selbst zurückgeworfen, es ist noch nicht abzusehen, wie sie wieder Boden unter die Füße bekommen kann; denn anders als bei früheren schwachen Ergebnissen zeigt sich jetzt, wie sehr sie im kommunalen Bereich und in den Ländern bereits abgestorben ist. Die PDS wurde in ihrer vermuteten Stärke bestätigt; aber mit ihren 17,7 Prozent dürfte sie am Plafond ihrer Möglichkeiten angekommen sein.

Und die operativen Gewichte in Bonn?: ein schwebendes Gleichgewicht von Schwächen, wie es die Verteilungslust der Wähler geschaffen hat und wie es deren erkennbarer Unentschiedenheit offenbar entspricht. Es verheißt für die nähere und fernere Zukunft nicht viel Gutes.

Schwach sind beide Seiten auf je eigene Weise, die Koalition und die Opposition. Im Gleichgewicht gehalten werden sie weniger durch Entschlossenheit zum Handeln als durch beiderseitige Handicaps vor jedem jeweils nächsten Schritt.

Die Schwäche der Koalition ist nicht die knappe Mehrheit. Sie wird sich, solange der Wille zu gemeinsamer Regierungsarbeit erhalten bleibt, eher als Stärke erweisen, aber vermutlich als einzige Stärke. Ihre Schwäche ist die FDP. Ihre Stabilisierung durch gute Ergebnisse bei Landtagswahlen ist nicht in Sicht. Sie ist durch über vierzigjähriges Mitregieren personell und ideell ausgelaugt. Der Wechsel von der „Partei der Besserverdienenden“ zur „Partei der Leistungsbereiten“ ist noch kein Programm. Die Rolle der Bürgerrechtsliberalen ist bereits zu einem guten Teil auf die Grünen übergegangen. Die Verbindung von Bürgerrechtsliberalismus mit grüner Umwelt- und Sozialpolitik läßt sich in einer Angestelltenengesellschaft plausibler darstellen als ein Amalgam aus absterbendem Bildungsbürgertum, freiberuflicher Klientel und nur leidlich gezähmter kapitalistischer Marktwirtschaft.

Als deutsche Marktwirtschaftspartei ist die Union unschlagbar geworden, der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ dürfte bei breiteren Wählerschichten kaum verfangen. Für liberale Durchbrüche bei den großen Reformthemen (Modernisierung der Sozialsysteme, Steuervereinfachung, Subventionsabbau, Verschlanung des Staates) ist die FDP zu sehr Interessenpartei. Zukunft gewänne sie vielleicht aus einem entschiedenen Schritt nach rechts, ins Konservativ-Nationale, ein Schritt, den die Union nur deswegen fürchtet, weil sie in vielen ihrer Sympathisanten selbst rechts und national denkt, während ihre Chancen als Mehrheitspartei allein in einer breiten Mitte liegen. Aber ein solcher Schritt würde die FDP spalten. Und noch fehlt den rechten FDP-Anhängern für eine Haider-Volte eine politische Leitfigur. Die FDP wird sich also zu profilieren suchen durch *innerkoalitionäre Teilopposition* (vom großen Lauschangriff über

die Gesundheitsreform bis zum Paragraphen 218) und wird doch wegen der von der SPD-Mehrheit vom Bundesrat ausgehenden Einigungszwänge auf Kosten der eigenen politischen Reputation oft klein beigegeben müssen. Wehrt sie sich dagegen, verliert die Koalition an Handlungsfähigkeit. Dies kann sich die Union aber angesichts der anstehenden Probleme und der Tatsache, daß sie nicht mehr im gleichen Maße wie in der alten Bundesrepublik auf sichere Wählerreserven hoffen kann, nicht leisten.

Die Opposition ist eine Dreieinheit aus sehr ungleichen Komponenten. Die SPD bestellt das Feld nicht allein, auch wenn sie als große Oppositionspartei optisch und politisch im Vorteil ist. Aber in der Opposition gibt es keine Koalitionen. In Gestalt der Grünen erwächst der SPD anders als in der letzten Legislaturperiode eine durchaus vitale Konkurrenz. Die Grünen werden sich künftig nicht mehr an der SPD orientieren wie auf dem Währungsmarkt der österreichische Schilling an der DM. Sie zelebrieren jetzt schon Eigenständigkeit („Aequidistanz“). Sie können dies um so nachhaltiger tun, je mehr sie sich vom Typus der bloßen Umweltpartei entfernen. Zur Zeit sind sie allerdings wegen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik weder für die SPD noch für die Union ein tragbarer Koalitionspartner. Ein deutlicher Schwenk weg vom grünen Pazifismus aber würde die Partei jetzt noch spalten. Die PDS wiederum bleibt ein Stachel im Fleische der SPD und Versuchung (im Annähern oder Übertrumpfen) für manchen linken SPD-Mann, und eine Politik des Aufsaugens der PDS-Wählerschaft seitens der SPD braucht Zeit. Die Dreiteilung der Opposition verstärkt die inneren Konflikte der SPD. Die Autorität ihres Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden ist noch nicht hinreichend gefestigt. Rudolf Scharping versucht konsequent, ideologische Positionen zu räumen und durch eine Koalition zwischen Arbeiterschaft und progressivem Bürgertum die Basis der Partei zu erweitern; aber einstweilen bleibt fraglich, wie weit die Partei ihrem Vorsitzenden beim weiteren Weg zur Mitte und beim Aufbrechen selbst sozialpolitischer Tabus (Arbeitsmarktpolitik, Sicherheitspolitik, Umbau der Sozialsysteme) folgt.

Ist eine große Koalition auf Zeit überhaupt zu umgehen?

Ist in absehbarer Zeit eine Aufhebung dieses Gleichgewichts der Schwächen möglich? Viele Kommentatoren sehen jetzt schon die große Koalition kommen – so sicher wie das Tageslicht nach dem Morgengrauen. Da ist viel Wunschdenken am Werk. Der politische Nutzen wie der operative Zwang zu einer großen Koalition steht aber außer Frage.

Die deutsche Einheit ist jung, aber die Bundesrepublik ist in die Jahre gekommen. Deutschland hat im Wohlstand Speck angesetzt, es bedarf einer neuen Beweglichkeitskur. Die sozialen Sicherungssysteme sind überteuert, eine Kehrtwendung ist wohl nur im Einvernehmen der beiden großen Volksparteien möglich. Die Wirtschaft befindet sich in ei-

nem global verschärften Konkurrenzkampf: Das erfordert Rationalisierungsbereitschaft, weitere Zurückhaltung bei den Lohnkosten, eine grundlegende Reorganisation der Arbeitszeitgestaltung, setzt also eine enge Abstimmung zwischen Tarifpartnern und Regierung voraus; auch da kann eine große Koalition hilfreich sein.

Der Staat muß rationalisieren, Personal und Aufgaben abbauen, Verfahrensregeln vereinfachen, auch dafür braucht es im Bund und in den Ländern das Zusammenwirken der großen Parteien. Die Lasten der Einheit müssen finanziell und sozial verträglich geschultert werden. An großen Aufgaben fehlt es also bei Gott nicht. Den Bürgern müssen weitere Einschnitte zugemutet werden. Wenn eine große Koalition – auf Zeit – je sinnvoll war, dann für die nächsten Jahre. Informell besteht sie auf Grund der anderen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat ohnehin, da die meisten wichtigen Bundesgesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig sind.

Große Koalitionen werden insbesondere mit dem Argument abgelehnt, sie verteuerten das Regieren durch Personal- und Sachkompromisse auf der Linie des geringsten Widerstandes und sie begünstigten als Reaktion die radikalen Ränder auf Kosten der gemäßigten Mitte.

Das erste muß nicht sein, das zweite läßt sich durch zeitliche Begrenzung mildern. Nur wo nichts mehr aus einer großen Koalition herausführt, ist politische Stagnation unvermeidlich. Das Beispiel Österreichs hat dies verschiedentlich belegt, wobei sich auch dort Nutzen und Schaden die Waage halten. Die große Koalition von 1966–69 führte zwar vorübergehend zu hohen regionalen Gewinnen der NPD und wurde zur Entbindungsstation der APO, aber weder mittel- noch langfristig hat die Mitte dadurch Schaden genommen. Überdies fragt es sich, ob ein schwebendes Gleichgewicht der Schwächezustände, der ständige Zwang zur Rücksichtnahme auf unruhige Partner oder aggressive Konkurrenten die großen Volksparteien nicht mehr gefährdet als eine große Koalition auf Zeit.

Dies führt zurück zur Ausgangsfrage nach den *Entwicklungsperspektiven der Volksparteien* und der Zukunft des Parteiensystems. Ursula Feist (in „Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte“, 25.12.94) stellt im Zusammenhang mit den Diskussionen über Politikverdrossenheit und Erosion der Volksparteien während der letzten Jahre fest: „Die in den vielfältigen Analysen zur Krise des Parteiensystems bisher zusammengetragenen Indizien, wonach sich das westdeutsche Parteiengefüge in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß befindet, wurden nicht widerlegt, im Gegenteil; zentrifugale Kräfte auf dem Wählermarkt und starker Rückgang der Wahlbeteiligung spiegeln auch 1994 die nachlassende Bindungsfähigkeit des Parteiensystems gegenüber einer sich mehr und mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft. Unterschiedliche Lebensstile und moderne Arbeitswelten werden für die politische Orientierung maßgeblicher als traditionelle Zugehörigkeiten zu Schichten und Klassen oder sozialkulturellen Milieus, die das alte Parteiensystem konstituiert und lange Zeit als dessen Säule gedient haben.“ Zudem stoße „inzwischen der Import des westdeutschen Par-

teiensystems, 1990 unaufhaltsam und organische Prämisse und Bestandteil des deutschen Vereinigungsprozesses, auf ostdeutsche Ablehnung“.

Zu letzterer Feststellung: Die Position der PDS ist zwar gegenüber 1990 deutlich stärker geworden, aber gut 80 Prozent auch der Ostdeutschen wählen „westdeutsche“ Parteien. Mehr wird man angesichts des noch nicht abgeschlossenen Vereinigungsprozesses vier Jahre nach dem Fall der Mauer und nach über vierzigjähriger Trennung nicht erwarten dürfen.

Die erstere Behauptung ist von erhabener Allgemeinheit. Sie findet im Gesamtergebnis des Wahljahres 1994 keinen Anhalt. Die FDP hat 4,6 Prozent verloren und spielt zur Zeit im Osten so gut wie keine Rolle, aber sie bleibt in der gegenwärtigen Entwicklung ein Sonderfall. Die Grünen sind auf Normalmaß angewachsen mit starker Verankerung in den jüngeren, zumal weiblichen Wählerschichten. Die Republikaner sind auf dem Status einer Splitterpartei zurückgefallen. Die beiden großen Volksparteien zusammen aber haben gemessen am Ergebnis der Vereinigungswahl nicht weiter verloren, sondern im Gegenteil zugenommen (zusammen 77,8 gegenüber 73,3 Prozent 1990). Und die Wahlbeteiligung ist – bei deutlichem West-Ost-Gefälle und größeren Unterschieden von Region zu Region und von Bundesland zu Bundesland gegenüber der Einheitswahl von 1990 nicht weiter gesunken, sondern mit 79,1 Prozent ebenfalls leicht angestiegen. Das alles spricht eher für Stabilität: die große Erosion der Volksparteien findet jedenfalls zur Zeit nicht statt. Und der Rückgang der Wahlbeteiligung, zur Zeit gestoppt, war schon in den letzten Jahren eher ein Zeichen der Normalisierung des Politikverhaltens der Gesamtbevölkerung als Ausdruck generalisierbarer politischer Verdrießlichkeit.

Als offene Systeme haben Volksparteien Zukunft

Die eben zitierten Phänomene (die geringere Parteienbindung, die Auflösung traditioneller Milieus, die Pluralisierung der Lebensstile mit der Folge einer stärkeren Individualisierung des Wählervotums, die Überwucherung der Loyalitäten durch Stimmungen) sind natürlich dennoch nicht zu leugnen. Der hohe und bislang hochgebliebene Zuspruch für die Volksparteien ist um so erstaunlicher. Eine Zukunftsgarantie ist das für keine der großen Volksparteien. Ihr *Reformbedarf* ist offensichtlich. Sie müssen aus dem Hell-Dunkel vermachteter Weltanschauungs- und Milieuparteien herausfinden und erst wieder neu integrieren lernen. Der noch in den siebziger Jahren als Zukunftsmodell gehandelte Typus der starken, schlagkräftig organisierten Mitgliederpartei ist überholt. Sie ist keine politische Gestaltungs- und Führungsantwort auf einen in allen Richtungen sich ausdifferenzierenden Pluralismus. Die Mitgliederparteien isolieren sich unter heutigen gesellschaftlichen und lebensweltlichen Bedingungen tendenziell von der übrigen Gesellschaft, wirken „kirchen-, wenn nicht gar sektenhaft“ (*Wolfgang Jäger*).

Es hilft auch kein Herumtasten in Interessengruppen oder Lebensstilmilieus: Die Rücksicht auf „die Wirtschaft“ da, auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer dort, auf die technische Intelligenz auf der einen, auf die jungen Frauen auf der anderen Seite; heute auf die kirchentreuen Katholiken und morgen auf die liberalen Protestanten, ein drittes Mal auf die Bauern und ein viertes Mal – gerade jetzt, wo es um die Leistungsertüchtigung des öffentlichen Dienstes geht – auf die Beamten, und das alles zugleich im zeitlichen Nebeneinander – das macht die Parteien abhängig, mehr als sie es sein müssen, und Politik von Tag zu Tag zum Lotteriespiel.

Politik ist etwas anderes als die opportunistische Addition von Teilgesellschaften. Politik machen heißt Aufgaben bündeln, Problemlösungen strukturieren und diese in offener Konkurrenz umsetzen. Das geht nicht abstrakt-rational über Programme und auch nicht über in ihrem Aktionsradius eng begrenzte Gesinnungsgemeinschaften, sondern nur durch

die Vermittlung über gesellschaftliche Sympathieträger (informelle, nicht nur funktionale Eliten) und über emotional bindungsmächtige Führungspersönlichkeiten. Nur so ist politische Integration und Mobilisierung der Anhängerschaft noch möglich.

Bei der Personalisierung der Politik ist die Union den Sozialdemokraten um ein paar Längen voraus. Wo sie funktioniert, zeigt sich, daß absolute Mehrheiten wenigstens auf Länderebene für beide Parteien möglich sind. Die Beispiele Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Saarland beweisen es. Bei der Mobilisierung gesellschaftlicher Sympathieträger als politische Transporteure liegt die SPD deutlich vorne. Der Abschied von der Partei als kirchenähnlicher politischer Gesinnungsgemeinschaft fällt aber beiden noch übermäßig schwer. Je rascher und entschiedener dieser Abschied vonstatten geht, um so größer ist die Chance, auch künftig mehrheitsfähige Volksparteien zu bleiben.

David Seeber

„In die Gesellschaft öffnen“

Fragen zur Lage der Polizei an Polizeidirektor Traugott Schumacher

Als Prügelknaben der Nation werden Polizisten doppeldeutig apostrophiert, sie selbst sehen sich häufig als Lückenbüßer für ungelöste gesellschaftliche und politische Probleme. Ebenso wie andere staatliche Institutionen muß sich auch die Polizei angesichts veränderter gesellschaftlicher Herausforderungen umstellen. Über diesen Wandel, dessen Chancen und Hindernisse sprachen wir mit Polizeidirektor Traugott Schumacher, Dozent für Führungslehre an der Fachhochschule für Polizei des Landes Baden-Württemberg. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Schumacher, Polizisten beklagen massive Rollenunsicherheit, die hohe emotionale Belastung ihres Dienstes, eine generelle Überforderung. Von außen dagegen werden mangelnde Effizienz, besonders aber die ungenügende Präsenz der Polizei moniert; dem einzelnen scheint die Polizei nicht mehr die nötige Sicherheit garantieren zu können. Zu alledem häufen sich auch noch Berichte über Dienstvergehen der Polizei, oftmals mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Immer hörbarer wird eine Krise der Polizei beschworen. Gibt es diese Krise tatsächlich?

Schumacher: Man darf die Polizei nicht isoliert von der Gesamtgesellschaft betrachten. Richtig ist, daß sich die Polizei in dem Maße in einer Krise befindet, wie sie die ganze Gesellschaft momentan durchmacht. Die Polizei ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Gesellschaftliche Probleme finden sich entsprechend auch innerhalb der Polizei wieder. In der gegenwärtigen Situation aber lautet die entscheidende Frage anders: Will die Polizei ihre Krise mit der Gesellschaft oder ohne sie angehen? Dazu existieren durchaus noch verschie-

dene Auffassungen. Die bessere Strategie ist wohl eine Lösung zusammen mit der Gesellschaft. Die Polizei muß sich aus ihrem bisherigen „Burgdasein“ lösen und sich noch mehr zur Gesellschaft hin öffnen.

„Das Selbstverständnis der Polizei ist sehr viel offener geworden“

HK: Sie attestieren der Polizei ein Burgdasein. Worin zeigt sich eine solche Mentalität, vor allem aber wo steht diese den nötigen Veränderungen entgegen?

Schumacher: Historisch betrachtet bildete die Polizei – und teilweise ist das heute noch so – ein subkulturelles System. Man verstand sich als geschlossene Institution. Demnach herrschte auch die Auffassung, wo Probleme entstünden, werde man sie auch selbst lösen können. Sowohl das Selbstverständnis der Polizei wie auch die Diskussion und der Um-